

Autor: Christopher Jähnert
Gesprächspartnerin: Svenja Schulze
Redaktion: Evi Seibert SWR Studio Berlin
Sendung: Samstag, 21.11.2020, 18.30 - 18.40 Uhr, SWR

SWR Interview der Woche vom 21.11.2020

SWR: Frau Schulze, jetzt sind wir ja, wie das in der Corona-Zeit ja mittlerweile so ist, digital miteinander verbunden. Persönliche Treffen soll man ja einschränken. Für Sie ist das ja mittlerweile auch im Ministerium mehr oder weniger Alltag. Das digitale Arbeiten, oder?

S.S.: Besser als sich gar nicht treffen. Aber man verliert natürlich auch eine Menge.

SWR: Und im Sinne des Klimaschutzes ist ja Homeoffice zumindest nicht verkehrt.

S.S.: Ja, es spart jedenfalls jetzt CO₂, weil natürlich Reisen wegfallen und Leute weniger unterwegs sind. Aber damit das auf Dauer funktioniert, glaube ich, da muss sich noch eine ganze Menge verändern.

SWR: Wie bewerten Sie es denn, dass es jetzt offensichtlich nicht möglich ist, in der großen Koalition sich auf einen Rechtsanspruch zum Beispiel auf Homeoffice zu einigen? Also der Arbeitsminister hat da ja jetzt mittlerweile auch eher zurückgezogen.

S.S.: Mobiles Arbeiten, das merken wir ja jetzt gerade in der Krise, das funktioniert. Man kann das mal eine Zeit lang machen, aber das muss auch Regeln haben. Und diese Regeln will der Arbeitsminister festlegen. Und das finde ich genau richtig.

SWR: Scheint aber ja nicht zu funktionieren.

S.S.: Schauen wir mal. Wir haben ja noch ein bisschen Zeit, miteinander das auszutragen.

SWR: Ein anderes Thema in dieser Woche war die Bilanz zum Verpackungsgesetz. Man kann kurz zusammengefasst sagen: Seit es das Register gibt, in das Firmen eintragen müssen, wie viel Verpackungsmüll sie produzieren, ist die Recyclingquote gestiegen. Reicht das aus Ihrer Sicht schon?

S.S.: Nein, das reicht aus meiner Sicht noch nicht. Wir müssen noch eine ganze Menge mehr tun - und deswegen habe ich auch noch einige Initiativen vor. Ich finde, dass wir pro Kopf immer noch zu viel Verpackungen haben. Wenn man sich das einmal vorstellt, so von der Menge her, sind es anderthalb Badewannen pro Kopf, also 228 Kilo. Das ist eine wirkliche Menge, und deswegen müssen wir davon runter. Wir verbieten jetzt Einwegplastik. Und was ich jetzt neu vorhabe - und das ist, glaube ich, eine

sehr wichtige Initiative - das ist eine Veränderung des Verpackungsgesetzes, um einfach den Plastikmüll nochmal zurückzudrängen.

SWR: Was heißt, Sie haben vor, dieses Gesetz zu ändern?

S.S.: Wir sind gerade mitten dabei eine Novelle des Verpackungsgesetzes zu machen. Da will ich erstens, dass es auf alle Einweg-Getränkeflaschen ein Pfand gibt, unabhängig davon, was da drin ist. Ich glaube, jeder von uns hat die Erfahrung schon mal gemacht: Manche Flaschen sind jetzt mit Pfand, manche ohne - je nachdem, was in der Flasche ist. Das muss sich verändern. Einweg-Plastikflaschen werden jetzt mit Pfand versehen, übrigens auch endlich alle Dosen. Auch so etwas wie Sekt oder Sekt-Mischgetränke in Dosen waren bisher nicht bepfandet. Das wollen wir jetzt machen, weil Dosen und Plastikflaschen haben nichts in der Umwelt zu suchen. Wenn sie ein Pfand haben, dann gibt es einen höheren Anreiz, sie zurückzubringen und eben nicht draußen liegen zu lassen. Das Zweite, was mir ganz wichtig ist: Es muss mehr Mehrweg geben. Wir erleben, wie viele Coffee-to-go, wie viele Salatschüsseln in Plastik und so weiter es im Moment gibt. Und das will ich verändern. Ich will, dass alle großen Händler, die Coffee-to-go anbieten, dass sie das für die Verbraucherinnen und Verbraucher so machen, dass man wählen kann: Will ich einen Einweg- oder will ich einen Mehrweg-Becher haben? So dass es einfach die Chance gibt, überhaupt an Mehrweg-Becher ranzukommen. Dass es die Chance gibt, mittags meinen Salat in einem Mehrweg-Gefäß zu kaufen. Und das will ich mit dieser Novelle des Verpackungsgesetzes jetzt erreichen. Und darüber hinaus noch ein dritter Teil, aber der ist klar: PET-Flaschen, die haben ja einen Anteil von recyceltem Plastik. Wir wollen, dass mehr recyceltes Plastik eingesetzt wird. Und deswegen wird der Anteil jetzt hochgesetzt. Da müssen 25 Prozent recyceltes Plastik drin sein auf der Strecke bis 2025.

SWR: Sie hören das SWR Interview der Woche mit Svenja Schulze, der Bundesumweltministerin. Vor einem knappen Jahr hat der Bundestag das Klimapaket beschlossen, und ein Kern davon ist der CO₂-Preis. Jetzt werden die meisten Menschen diesen CO₂-Preis demnächst merken, wenn ab dem neuen Jahr die Gaspreise steigen. Im Schnitt, wird geschätzt, rund sieben Prozent, inklusive weiterer Preissteigerungen, die da auch immer mit dabei sind. Gibt es denn bei Ihnen Ideen, wie so was abgefedert werden soll? Weil die Heizung ausstellen im Winter würde ich jetzt nicht hinbekommen.

S.S.: Nein, das ist auch gar nicht das Ziel. Sondern wir wollen, dass die alten Heizungen, die heute immer noch auf Öl setzen, ausgetauscht werden. Und dafür muss es einen Anreiz geben. Im Moment gibt es dafür sogar eine Unterstützung vom Staat. Und ich habe gemeinsam mit meiner Justizministerkollegin einen Entwurf vorgelegt, wie man das auch für Mieterinnen und Mieter hinbekommen kann. Wir wollen, dass Vermieter und Mieter sich die zusätzlichen Kosten teilen. Das wird im Moment von der Union noch blockiert. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass die Union auf Dauer die Mieterinnen und Mieter da so aus dem Blick verlieren will.

SWR: Wie sähe das denn im Detail aus? Wie kann man Vermieter dazu verpflichten - müsste man ja - dass die die Hälfte davon tragen?

S.S.: Wir würden das einfach regeln. Das kann man gesetzlich regeln, dass die zusätzlichen Kosten, die über den CO₂-Preis jetzt entstehen, dass die eben nur zur Hälfte auf die Mieterin und den Mieter umgelegt werden dürfen. Wir wollen ja nicht Mieterinnen und Mieter bestrafen, sondern es geht darum, neue Heizungen in die Gebäude hineinzubekommen. Und die Heizung soll so sein, dass es auch gut ist für das Klima.

SWR: Was ich auch noch sehr interessant finde, das Erneuerbare-Energien-Gesetz, das ist ja jetzt vorgestellt. Sie sagen, es müsste aber noch viel strenger sein. Lässt sich das denn nicht klären, bevor

man ein Gesetz ins Parlament bringt, ob man das noch einmal strenger machen muss? Also da geht es zum Beispiel ja darum, dass man in 30 Jahren klimaneutral Strom produzieren möchte.

S.S.: Ja, wir hätten das auch vorher klären können. Aber dann hätten wir noch eine Menge Zeit gebraucht. Und deswegen habe ich den Weg gewählt, das Gesetz jetzt in das Parlament zu bringen und eine Protokollerklärung zu machen. Also im Kabinett zu sagen, was mir an dem Gesetz nicht passt und was verändert werden muss. Das habe ich deshalb gemacht, weil wir Zeitdruck haben. Wenn wir jetzt nichts ändern, dann werden eine ganze Reihe von Windkraftanlagen aus der Förderung fallen. Und das heißt, sie werden dann auch abgestellt werden. Und das bedeutet, dass wir nicht mehr regenerative Energie haben potenziell, sondern weniger. Und das müssen wir unbedingt verhindern. Und deswegen habe ich zugestimmt, das Gesetz dem Parlament zuzuleiten. Weil wir ja jetzt auch im Parlament gerade die Chance nutzen, dieses Gesetz noch besser zu machen. Und ein wichtiger Teil ist eben, wir werden in 2030 mehr Strom brauchen, nach allem, was wir im Moment sehen. Das heißt, wir brauchen auch mehr erneuerbare Energien. Es muss möglich sein, dass diejenigen vor Ort, die Windkraftanlagen haben, ja viel im ländlichen Raum, dass die davon auch profitieren, dass man vor Ort was davon hat.

SWR: Das heißt aber - da gab es einen gewissen Widerstand aus dem Wirtschaftsministerium wahrscheinlich - dass man das direkt ambitionierter gestaltet?

S.S.: Ja, wir konnten uns da nicht einigen im Vorfeld. Um aber nicht den ganzen Prozess jetzt aufzuhalten, habe ich es dann ermöglicht, dass das ins Parlament geht. Und die Diskussion führen wir jetzt im Parlament.

SWR: Diese Woche war ja auch der Autogipfel - und ein zentrales Ergebnis: E-Autos werden weiter gefördert, aber auch Hybridautos. Wie kam es dazu?

S.S.: Mir ist erst mal wichtig, dass E-Autos gefördert werden. Und man sieht doch, dass mit der Unterstützung, mit dem, dass E-Autos billiger gemacht werden, es einen wirklichen Run auf diese Autos gibt. Dass die Anmeldezahlen explodieren. Ich hätte mir gut vorstellen können, dass man die Hybridfahrzeuge gar nicht mehr fördert. Das wäre meines Erachtens auch ein guter Weg gewesen. Das war jetzt aber mit der Union nicht zu machen. Und dann ist es mir wichtiger, dass es diese E-Auto-Prämie weiter gibt. Wir brauchen dieses Umsteigen auf die E-Fahrzeuge. Die sind heute attraktiver als das noch vor ein paar Jahren der Fall war. Die haben ganz andere Reichweiten. Was jetzt noch passieren muss, ist, die Ladesäulen müssen jetzt natürlich noch viel schneller ausgebaut werden. Das unterstützen wir ja von Bundesseite jetzt mit, damit man mit diesem E-Fahrzeug dann eben auch überall da, wo man parkt, laden kann.

SWR: Eine andere Sache, die da beschlossen wurde: Es soll eine Abwrackprämie geben für Lkw. Und zwar für etwas ältere Lkw. Das heißt zum Beispiel auch Euro 5-Norm-Lkw könnten verschrottet werden. Die sind im Zweifel gerade mal fünf Jahre alt. Wie geht das denn mit dem Umweltschutz zusammen?

S.S.: Bei den Lkw ist ja nicht nur die Frage des Alters, sondern wie viele Kilometer die eigentlich gelaufen sind. Und da können auch Fahrzeuge, die fünf Jahre alt sind, eine ganze Menge Kilometer auf dem Buckel haben. Und was wir wollen, ist, dass der nächste Lkw dann eben einer wird, der deutlich besser für die Umwelt ist. Und deswegen geben wir da jetzt Unterstützung. Wir wollen, dass der Umstieg auch bei Lkw, die einen relevanten Anteil am Verkehr haben und die ja auch eine ganze Menge CO₂ ausstoßen, dass der Umstieg schneller geht. Es gibt noch nicht so viel Auswahl und so viel Angebot wie bei den Pkw. Deswegen können wir das nicht nur rein elektrisch machen, weil es das einfach in dieser Form noch nicht gibt. Und deswegen werden die fabrikneuen, die besten Lkw, die werden jetzt da unterstützt. Das ist ein Beitrag, den man nicht unterschätzen darf fürs Klima.

SWR: Kurz zum Schluss noch, weil es ja aktuell diskutiert wird: Das Böllern an Silvester verbieten?

S.S.: Irgendwie muss man das alte Jahr doch verabschieden und ins neue Jahr gehen. Ich glaube, es darf nicht überhandnehmen. Das ist eine Belastung für die Luft. Das merken wir ja auch alle. Aber ich bin nicht diejenige, die jetzt auch noch den letzten Spaß verbieten würde.

SWR: Das ist ein schönes Schlusswort. Das SWR Interview der Woche war das - mit Bundesumweltministerin Svenja Schulze. Vielen Dank.

S.S.: Ich danke auch.